

25. MRZ.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84891 - 33
Fernschreiber 8886890

P/XIV/70 - 25. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Wer bezahlt die Wohnungsbauprämien ? Von Dr. Julius Brecht, MdB	62
3 - 4	Baldige Wahlen zum Unterhaus ? Macmillans Dilemma der nächsten Tage	68
5	Bagdadpakt ohne Bagdad Der Irak verläßt die "NATO" des Nahen Ostens	38
6	Die Einheitsfront zwischen Bonn und Pankow CDU und SED spielen sich die Bälle zu	43
7	Vor bewegten Wochen Auseinandersetzung um Deutschland-Plan wird härter	36
8	"Luxusbett 1959" Osterfeier für Scheichs im Nahen Osten	28

* * * * *
* * *

Wer bezahlt die Wohnungsbauprämien ?

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Wenn das vom Bundestag in der vergangenen Woche beschlossene Sparprämien-gesetz in Kraft getreten ist, haben wir bei uns drei Arten von öffentlichen Sparförderungen nebeneinander: die Steuervergünstigung von Bausparverträgen in § 10 des Einkommensteuergesetzes (entsprechende Leistungen können vom Einkommen abgesetzt werden); ferner das Wohnungsbauprämien-gesetz und jetzt noch dazu das allgemeine Sparprämien-gesetz. In diesen drei Arten, die je nach der Höhe des Einkommens nebeneinander und zusätzlich in Anspruch genommen werden können, sind die Bedingungen jeweils sehr verschieden. Es ist höchste Zeit, und entspräche der ständigen Propaganda, die Verwaltung müsse vereinfacht werden, daß diese drei Formen der Sparförderung zusammengefaßt und vereinheitlicht würden. Die SPD-Fraktion hat dazu schon vor Monaten einen eigenen Gesetzesentwurf vorgelegt!

Am bekanntesten von diesen drei Formen ist die Sparförderung in Form der Wohnungsbauprämien. Hier werden festgelegte Sparleistungen mit einer Prämie von 25-35% - je nach Familienstand - begünstigt, wenn die Sparleistung dem Wohnungsbau dient. Aber nicht alle Sparbeträge für den Wohnungsbau fallen unter die Regelung, sondern in der Regel nur solche, die dem Eigenheimbau als der bevorzugten Wohnform zukommen. Das kann in Form von Bausparverträgen oder von Kapitalansammlungsverträgen geschehen, die für den Eigenheimbau mit Bausparkassen, Kreditinstituten oder Wohnungsunternehmern abgeschlossen werden. Dazu kommen noch Einzahlungen auf erstübernommene Anteile an Wohnungsbaugenossenschaften.

Dieses Sparen mit Wohnungsbauprämien hat von Jahr zu Jahr erheblich zugenommen. Heute hat es einen solchen Umfang, daß besondere Probleme aufgeworfen wurden, wie der Bedarf an Prämien zu decken ist. Vor Jahren hat der Bund dazu jährlich 60 Millionen, später 100 Millionen beigesteuert. In diesem Jahr sind es insgesamt 136 Millionen. Das reicht aber bei Weitem nicht aus. Das Sparvolumen dieses Jahres wird erfordern, daß rd. 340 Millionen an Wohnungsbauprämien aufgebracht

werden müssen. Wer zahlt sie ?

Viele meinen, weil die Auszahlung durch die Finanzämter erfolgt, der ganze Betrag werde vom Bund gegeben. Das ist nicht richtig. Der Bund leistet unmittelbar nur die erwähnten 136 Millionen. Der Rest - und das sind in diesem Jahr über 200 Millionen! - geht von den Mitteln ab, die der Bund nach dem Wohnungsbaugesetz den Ländern zu geben hat. In diesen Betrag, also um die 200 Millionen werden die Mittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau gekürzt! Das heißt praktisch, dieser Betrag steht in den Ländern nicht zur Verfügung, um öffentliche Darlehen für den sozialen Wohnungsbau und damit zur Überwindung der Wohnungsnot zu geben. Er muß vielmehr als Zuschuß in Form von Wohnungsbauprämien ausgezahlt werden. Das kommt teilweise überhaupt nicht, sicherlich aber nicht unmittelbar dem Wohnungsbau und zu einem großen Teil nicht dem vorranglichen sozialen Wohnungsbau zu. Deshalb wird seit langem angestrebt, den sozialen Wohnungsbau nicht weiterhin durch diese Verwendung der Mittel zu benachteiligen und zu schwächen. Das ist schon mehrfach von der SPD-Fraktion in besonderen Anträgen zum II. WoBaUG und bei den Haushaltsberatungen beantragt worden.

Diese Forderung ist jetzt erneut auch von den Wohnungsbauministern der Länder aufgegriffen worden. Auch sie verlangen mit Nachdruck, daß die Wohnungsbauprämien in vollem Umfang vom Bund getragen werden; sie sollen nicht länger dem sozialen Wohnungsbau entzogen werden. In einem Lande kommt es sonst dahin, daß überhaupt keine allgemeinen Bundesmittel mehr für den sozialen Wohnungsbau verbleiben, weil mehr als die gesamten Bundesmittel für Wohnungsbauprämien beansprucht werden. Das wird, wenn das System nicht alsbald geändert wird, zum Nachteil des Wohnungsbaues noch zunehmen, wenn die Wohnungsbauprämien weiterhin ansteigen und die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau nach den Bestimmungen des Wohnungsbaugesetzes von Jahr zu Jahr immer mehr abnehmen. Die Länderminister haben ganz recht: hier muß ein unmögliches System geändert werden. Die SPD hat schon seit langem darauf hingewiesen und Abhilfe gefordert.

Baldige Neuwahlen zum Unterhaus?

E.A. London

Harold Macmillan wird die Ostertage auf seinem Landsitz in tiefem Nachdenken verbringen. Wählen lassen oder weitermachen, das ist die Frage. Vier Fünftel der Tory-Abgeordneten drängen ihren Parteiführer, den Rubikon zu überschreiten. Sie sind überzeugt davon, dass, je eher die Wahlen kommen, desto besser werden Macmillans Erfolgsaussichten sein. Zweimal hat das konservative Zentralamt dem in Amerika weilenden Premierminister telegraphisch Ergebnisse übermittelt, die ihrer Ansicht nach den schwankenden Premierminister für Mai- oder Juniwahlen entscheiden sollten. Sie betrafen Rückgang der Arbeitslosigkeit und Ergebnis der Nachwahl in Harrow-East.

Der Stand der Erwerbslosigkeit war seit November die Hauptsorge der Regierung und das stärkste Hindernis für einen Wahlerfolg gewesen. Die ruckartige Abnahme löste einen Preudentaumel in der Tory-party aus. Sie hatte ein doppeltes Kunststück fertiggebracht. Nicht nur, dass sie, als die Währung unter Druck stand und die Preise stiegen, durch deflationistische Massnahmen die Währung gerettet und die Preise auf Kosten einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit stabil gehalten hatten, nein, sie zeigten auch, dass sie die Medizin für die vor ihnen heraufbeschworene Krankheit entdeckt hatten, indem sie, wie sie vorausgesagt hatten, die Arbeitslosigkeit wieder zurückdrängten. Natürlich mag ihr Subel verfrüht sein und der doppelte Kunstgriff sich später als Wunschtraum des Zauberlehrlings erweisen. Immerhin, wenn nicht alles trügt, wird die Arbeitslosigkeit auch im April und Mai weiter zurückgehen, - vielleicht sogar genügend, um die Wähler zu bluffen. Denn mit 550 000 ist die Arbeitslosenziffer immer noch um 120 000 höher als im März 1958 und doppelt so hoch wie 1954, dem letzten Jahr einer Labourregierung.

Wahrscheinlich dürfte das Budget, das Schatzkanzler Heathcoat Amory am 7. April dem Unterhause vorlegen wird, bereits sagen, wofür

sich Macmillan entschieden haben wird. Alle Erwartungen laufen auf ansehnliche Steuergeschenke der Regierung hinaus; Senkung der Einkommen- und Verkaufsteuer und andere populäre Massnahmen werden erwogen. Je höher die Geschenke, desto sicherer rückt der Wahltermin heran. Die Parallele mit 1955 liegt nahe. Damals war Butler als Schatzkanzler äusserst freigebig, die Maiwahlen bescherten Anthony Eden den gewünschten Erfolg. Im Herbst 1955 musste dann Butler einen Nothaushalt einbringen, der die Geschenke rückgängig machte und dazu den unbemittelten Schichten neue Lasten auferlegte. Aber das Frühjahrbudget hatte seinen Zweck erfüllt gehabt.

Trotz aller dieser Erwartungen aber zögert Macmillan noch. Sollte er vor die Wählerschaft treten und das Spiel, wenn auch noch so knapp verlieren, dann hat der fünfundsechzigjährige Premierminister keine politische Zukunft mehr. Niemand kann mit aller Gewissheit den Ausgang von Unterhauswahlen voraussagen. Das ist der eine Beweggrund. Der andere aber ist ausserpolitischer Art. Gewiss, Ende Mai oder Anfang Juni scheint jetzt ein günstiger Termin zu sein, da eine Aussenministertagung im Gange sein und eine Gipfelkonferenz in Aussicht stehen wird. Macmillan kann mit Recht ein gewisses Verdienst für sich in Anspruch nehmen, wenn es zu ernsthaften Ost-West-Gesprächen kommt. Aber selbst Macmillan kann die Chancen der Verhandlungen nicht klar vorausberechnen. Hat er in Washington eine vollherzige Unterstützung, nicht nur für eine baldige Spitzenkonferenz der Staatschefs, sondern auch für seinen Plan einer verdünnten Zone und für erleichterte Kontrollmassnahmen für atomare Versuchseinstellung erhalten?

In den nächsten Tagen muss Macmillan vorsichtig abwägen, und zwar nicht nur als Führer der Regierungspartei, sondern auch als Leiter der britischen Geschicke, wie er seinen Absichten am besten dienen kann. Niemand wird erwarten, dass er dem Druck seiner Parteifreunde auf Nachwahlen nachgeben wird, falls er glaubt, in Hinsicht auf die internationale Lage damit bis zum Herbst oder noch länger warten zu müssen. Er könnte zwar mit erhöhtem Prestige an die Konferenstafel kommen, wenn das britische Volk ihn bei Wahlen ein eindrucksvolles Vertrauensvotum gegeben hätte. Andererseits aber könnte er die Chance, bei Spitzenverhandlungen eine aktive und führende Rolle zu spielen, durch verfrühte Wahlen verscherzen. Daher wird das, was Macmillan in den nächsten zehn Tagen entscheiden wird, nicht nur die Geschicke der britischen Innenpolitik bestimmen, sondern auch einen deutlichen Hinweis darauf geben, wie der vielgereiste und wohlinformierte Premierminister die Chancen einer internationalen Entspannung beurteilt.

Bagdadpakt ohne Bagdad

Der Irak verlässt die "NATO" des Nahen Ostens"

ED - Der Entschluss der irakischen Regierung, die Verpflichtungen des Bagdadpaktes aufzukündigen, kam nicht unerwartet. Wohl kaum einer der noch im Bündnissystem verbleibenden Partner hatte in Ernst damit gerechnet, dass der Irak nach der Revolution des 14. Juli 1958 dem Pakt weiterhin angehören werde. Aber die offizielle Bekanntgabe hat immerhin acht Monate auf sich warten lassen, und allein daraus lässt sich absehen, dass die Männer um Kassem auch mit dem toten Buchstaben des Paktes eine gewisse Politik verbunden haben. So hat zum Beispiel der Austritt Bagdads aus dieser nahöstlichen Allianz dem zur Stunde laut tönenden Nasser gewisse Waffen der anti-irakischen Aktion aus den Händen gewunden. Zu anderen hat Bagdad dem Westen gezeigt, dass das innen- und aussenpolitische Stilvermögen des neuen Staates stärker war als man gemeinhin im Westen angenommen hat.

Der Kampf zwischen der irakischen Republik und dem Vereinten Arabien Nassers wird auch ohne die formale Zugehörigkeit der ersteren zum Pakt nicht so schnell endigen. So hat in den letzten Tagen der Rektor der Kairoer Al-Azhar-Universität quasi "ex cathedra" den heiligen Krieg der Moslems gegen das Regime Kassem proklamiert. Wer weiss, wie stumpf sich diese einst so scharfe Waffe heute ausmacht, wird darin nicht mehr als eine weitere Akzentuierung des Konfliktes sehen. Wie aus Kreisen, die westlichen Botschaften in Bagdad nahe stehen, verlautete, beurteilt der Westen die innere Festigkeit des Regimes Kassem heute optimistischer als noch vor einigen Wochen. Die ständigen Redeschächten des Kairoer Rundfunks haben keineswegs die zweite, die nasseristische Revolution im Irak zuwege gebracht. Der irakische Nationalismus ist eine zumindest gleichstarke Kraft als die von Nasser inspirierte arabische Einheitsbewegung.

Man wird in der nahen Zukunft sehen, wie das Scharmützel zwischen Kairo und Bagdad ausgeht. Keinesfalls aber dürfte Kassem der grosse Verlierer und Nasser der triumphierende Sieger sein.

Aber auch der Westen sollte, einmal mehr, begreifen, dass in der arabischen Welt eine Entwicklung im Gange ist, die weit über das Mass des für möglich gehaltenen hinausgeht. Der Bruch Iraks mit dem Bagdadpakt ist hierbei nur der letzte Federstrich unter eine Entwicklung, die schon längst der Historie angehört. Man darf annehmen, dass ein einigermaßen stabiles und unabhängiges Irak auch dem Westen genehmer sein dürfte als ein unsicherer, nur mehr formal dem Vertrag anhängender und den Angriffen Kairoes ausgesetztes Bagdad.

Die Einheitsfront zwischen Bonn und Pankow

W.R. In vielen Darlegungen, Reden und Resolutionen hat die SED-Führung immer wieder erklärt, dass sie bei Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands nur von der "realen Basis zweier bestehender deutscher Staaten ausgehen könne. Um zu einer Konföderation zu gelangen." Auch von sowjetischer Seite wurde diese These immer wieder vertreten. Noch Mitte Dezember 1958 erklärte Chruschtschow in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung", dass "die Sowjetunion bei der Annäherung beider deutscher Staaten Hilfe leisten wolle ... Nur Menschen, die der Wirklichkeit entfremdet sind", heisst es weiter in dem Gespräch, "können eine mechanische Fusion zweier verschiedener Staaten vorschlagen. Die DDR sei bei ihrem Konföderationsvorschlag von der realen Lage zweier verschiedener deutscher Staaten ausgegangen". Chruschtschow fügte noch hinzu, dass diese Idee immer grössere Kreise in der deutschen Bevölkerung billigten. Die Beispiele liessen sich endlos erweitern, wo beide Teile, Ostberlin wie Moskau, ähnliches erklärt haben.

Die SED hat mit ihrem Deutschland-Plan bewusst den Begriff der "mechanischen Fusion" ausgeschaltet. Sie hat, ausgehend von der leider vorhandenen Realität zweier unterschiedlicher politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Systeme, die stufenweise Annäherung der beiden Teile Deutschlands vorgeschlagen. Jetzt versucht Ulbricht, sich um die politischen Konsequenzen dieses Vorschlages herumzudrücken.

Schon bei seiner Rückkehr vom XXI. Parteitag der KPdSU forderte Ulbricht in einer Rede auf dem Berliner Ostbahnhof einen Friedensvertrag mit der Sowjetunion und kündigte an, dass notfalls auch separate Wege beschritten werden sollen. Was auf dem XXI. Parteitag noch ein Alternativvorschlag war, wurde bei Ulbricht zum Definitivum. Das heisst, die Spaltung Deutschlands soll verewigt werden.

Veröffentlichungen und Äusserungen prominenter SED-Funktionäre, die unmittelbar nach der Bekanntgabe des SPD-Planes gemacht worden sind, lassen die ganze Unlust des Ulbricht-Regimes erkennen, klare Antworten zu diesen Fragen zu erteilen. Ulbricht will allem Anschein nach weg von Verhandlungen und zu Aktionen auffordern, von denen er genau weiss und wissen muss, dass sie zu keinem Erfolg führen können. Statt, wie er es immer wieder forderte, "reale Verhandlungen durchzuführen", versucht er die Politik des ungewissen politischen Abenteurers in der Bundesrepublik anzusteuern.

Hier zeigt sich die verhängnisvolle negative "Einheitsfront" zwischen entscheidenden Kräften in der CDU und den Führungskräften der SED. Diese Kräfte spielen sich gegenseitig die Bälle zu. Die penetrante Ablehnung der SPD-Vorschläge in der Bundesrepublik findet ihre Ergänzung durch Ostberliner Verlautbarungen, die zwar flexibler, aber im Grunde das gleiche sagen: Stört unser Konzept der Versteinerung des Status quo nicht.

Vor bewegten Wochen

-r. Nicht nur aussenpolitisch, auch innenpolitisch stehen wir vor bewegten Wochen und Monaten. Dabei steckt die so notwendige und unvermeidliche Auseinandersetzung um den Deutschland-Plan der SPD noch in den Anfängen. Dieser Plan wird sich zum zentralen Streitpunkt der deutschen Innenpolitik entwickeln, an dem sich die Geister entzünden. Kostproben von der Schärfe dieser Auseinandersetzung hat die CDU in ihren ersten Reaktionen auf die Veröffentlichung des Deutschland-Planes bereits geliefert. Ihr Bemühen, ihn totzuschweigen, ihn von der innenpolitischen Tagesordnung abzusetzen, ist offensichtlich misslungen, ja es hatte das Gegenteil zur Folge.

Auf internationaler Ebene haben die präzisierten Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie über Methodik und Wege zur deutschen Wiedervereinigung - gewiss ein sehr langwieriger und in Zeiträumen nicht zu fassender Prozess - schon starke Beachtung gefunden, man sieht in ihm einen wertvollen Beitrag von deutscher Seite in einer Frage, wo nur die Deutschen, wie die Dinge heute liegen, die entscheidenden Anstöße und Impulse zu geben vermögen. Wäre die CDU eine Partei, die ihre Interessen höheren Gesichtspunkten unterordnet, müsste sie sich eigentlich über die befruchtende Wirkung des Deutschland-Planes freuen. Aber das ist schon zuviel von ihr verlangt, die Führungsspitze der CDU kann sich zu solch staatsmännischen und an der Zukunft orientiertem Denken nicht aufraffen, sie bleibt in Kleinlichen, Provinziellen und im Parteiengozänk haften.

Warum die geradezu hysterische, von Diffamierungen und Verdächtigungen begleitete Reaktion der CDU auf den Deutschland-Plan der Sozialdemokratie? Die für die Politik der Bundesregierung hauptverantwortliche Partei spürt, wie sehr die Diskussion um den Deutschland-Plan an das Mark ihrer Knochen geht. Ihre bisherige Deutschland-Politik wird in ihrer Nacktheit und totalen Erfolglosigkeit blossgelegt. Die Zeit der Ausflüchte und der Illusionen, derer sich die CDU bisher so reichlich bediente, ist vorbei. Die Partei des Bundeskanzlers hat, und noch nie kam das so klar zutage wie in diesen Wochen der grössten Gefährdung Berlins, überhaupt kein Deutschland-Konzept, in dem die Wiedervereinigung den ersten Platz einnimmt.

Die deutsche Sozialdemokratie sieht den kommenden stürmischen Auseinandersetzungen mit Gelassenheit entgegen. Sie weiss, sie steht auf gutem Boden und sie vertritt eine gute Sache. Sie hat nichts zu verbergen, sie kämpft mit offenem Visier. Ihr Deutschland-Plan bleibt die Grundlage, auf der sie mit aller Kraft versuchen wird, die Status-quo-Politik der Bundesregierung zu durchbrechen.

"Luxusbett 1959"

DB - Als vor kurzem eine englische Möbelfabrik das "Luxusbett 1959" zum Preise von rund DM 30.000,-- anbot, fragte man sich, wer seinen corpus für so edel hält, dass er bereit wäre, eine solche Summe für eine Liegestatt auszugeben.

Das "Problem" ist gelöst. Die Scheichs von Bahrain und Katar im Nahen Osten sind die ersten Erwerber dieses komplizierten Instruments.

Das "Luxusbett 1959" muss eine tolle Sache sein. Man kann es mittels eines Druckknopfes schütteln, drehen und kippen; es ist mit Heustar und Fernschapparat versehen. Was man sonst noch damit machen kann, ist im Prospekt nicht angegeben. Vielleicht kann man darin auch schlafen - wer weiss es?

Die Scheichs von Bahrain und Katar sind sogenannte Öl magnaten. Sie haben amerikanische Luxuswagen, lassen sich gelegentlich per Flugzeug aus fernen Ländern seltene Speisen kommen und erfreuen sich - wie man so sagt - der Liebe ihrer Völker. Besagte Völker leben nämlich in einem ziemlichem Elend. Das schadet aber nichts. Sie werden sicher jetzt stolz sein, denn schliesslich ist es ja ein ausserordentliches Ereignis, wenn ihre Scheichs in Kürze eine Bettstatt haben werden, mit der sie in der Gegend herumsehaukeln können.

Näheres erfuhr man von Bahrain im Jahre 1954, als sich die arabischen Ölarbeiter zum ersten Mal auf sich selbst besannen und in einem grossen Lohnstreik traten. Wieviele Arbeiter dabei über die Klänge springen mussten, wies man bis heute nicht. Und was seither dort geschehen ist, ist auch ziemlich unklar.

Aber beruhigen wir uns! Der Scheich von Bahrain hat jetzt ein englisches "Luxusbett 1959". Die englische Schutzmacht wird das zu respektieren wissen und das Volk von Bahrain und Katar auch.

Es geht doch nichts über "Tausend und eine Nacht".